Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 7-8

Artikel: Die Sozialistische Internationale in Helsinki
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338389

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Heft 7/8
Juli/August 1971

Profil

Dr. J. W. Brügel

Die Sozialistische Internationale in Helsinki

Die Tatsache, dass die Sozialistische Internationale ihre erste Tagung nach dem Kongress von Eastbourne (England) im Juni 1969 nach der am Rande Europas liegenden finnischen Hauptstadt Helsinki einberufen hatte, beruhte nicht auf einem blossen Höflichkeitsakt gegenüber der finnischen Sozialdemokratie. Mit Ausnahme einer 1960 in Israel abgehaltenen Generalratstagung haben bisher alle Konferenzen der Sozialistischen Internationale in Mittel-, Süd- oder Westeuropa stattgefunden. In der Wahl des Tagungsortes Helsinki, dem Sitz der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen, lag zweifellos eine politische Bedeutung und Absicht. Die finnische Sozialdemokratie ist die stärkste Partei des Landes, sie ist beinahe immer in der Regierung vertreten und hatte in der Vergangenheit oft die Führung der Regierung inne, die immer eine Koalitionsregierung ist. Finnlands Sozialdemokratie ist eine der ältesten und bestorganisierten Mitgliedsparteien der Internationale, und bei jedem Schritt in Finnland merkt man, wieviel sie für ihr Land und Volk getan hat, das sich in einer geographisch heiklen Lage völliger Freiheit und eines vorbildlichen sozialen Fortschritts erfreut. Das Grundproblem Finnlands sind die Beziehungen zur Sowjetunion, die dem finnischen Nachbarn gegenüber anders vorgegangen ist, als aus anderen Fällen bekannt, die man nicht aufzählen muss. Es mag politische Berechnung Moskaus und nicht der Entschluss sein, sich in die Angelegenheiten eines auf anderer Grundlage aufgebauten Nachbarstaates nicht einzumengen, wenn die Sowjetunion Finnland im grossen und ganzen unbelästigt lässt. Akte von Pressionen hat es natürlich gegeben, doch konnte sich Finnland um den Preis gewisser Konzessionen behaupten und ziemlich ungestört einen Wohlfahrtsstaat nach westlichen Begriffen aufbauen. (Man kann zum Beispiel in Helsinki die Chruschtschew-Memoiren, die Moskau höchst unangenehm sind, in finnischer Übersetzung kaufen.) Es ist nur natürlich, dass diese Erfahrung auf das Bewusstsein *aller* politischen Parteien Finnlands, die Sozialdemokraten eingeschlossen, abgefärbt

hat, und dass sie alle ohne Unterschied (die Kommunisten kann man hier ausser acht lassen) von der Überzeugung ausgehen – oder dies zumindest behaupten –, dass es möglich sein müsste, mit der von Moskau beherrschten Welt über den engen finnischen Rahmen hinaus zu einer gewissen Einigung über die Bewahrung des Friedens zu kommen. Andere sozialistische Parteien mit anderen Erfahrungen sind diesbezüglich weit skeptischer als die finnische Sozialdemokratie, die auch erst seit einer verhältnismässig kurzen Zeit ihren jetzigen Standpunkt vertritt. Unter diesen Umständen war die Abhaltung der ersten internationalen sozialistischen Tagung in Finnland eine gewisse Anerkennung für die Erfolge, die die finnische Mitgliedspartei bisher mit ihrer auf eine Verständigung mit Moskau gerichteten Politik erzielt hat, ohne dass man sich dabei aber ihre Auffassungen zu eigen gemacht hätte. Die finnische Koalitionsregierung und ihr sozialdemokratischer Aussenminister Väinö *Leskinen* haben sich in der letzten Zeit besonders für die Verwirklichung des Gedankens einer europäischen Sicherheitskonferenz eingesetzt, und die Einberufung des Generalrates der Sozialistischen Internationale nach Helsinki bedeutete vor allem die Bereitschaft, die nach dieser Richtung formulierten finnischen Vorschläge gründlich zu diskutieren.

Sicherheitskonferenz und Ostpolitik

Tagungen der Sozialistischen Internationale sind heute vor allem Zusammenkünfte von jetzigen und künftigen Regierungschefs, auch wenn sie, wie Harold *Wilson,* im Augenblick als Oppositionsführer auftreten. Wie bedeutungsvoll das, was sie sagen, ist, kann man an der Tatsache messen, dass heute über 200 Millionen Menschen in der Welt von demokratischen Sozialisten regiert oder mitregiert werden, und wenn man bereit ist, Indira Gandhis Kongresspartei dazu zu rechnen, sind es um die 550 Millionen Inder mehr. Aber keine andere Sozialdemokratische Partei hat heute eine weltpolitische Schlüsselstellung inne wie die SPD, und darum stand neben Harold Wilsons Überblick über die weltpolitische Lage die grosse Rede des deutschen Bundeskanzlers Willy *Brandt* im Mittelpunkt der Tagung. Brandt zollte der finnischen Sozialdemokratie hohes Lob für das finnische «Beispiel für den Willen zur Selbstbehauptung», das ein Wort der Ermutigung verdiene, aber seine Interpretation der Ostpolitik des von ihm geführten Kabinetts unterschied sich stark von der Auslegung, die ihr der finnische Sprecher Leskinen gab, der die bisherige – sagen wir – Unlust der Sowjetunion, in der Kernfrage Berlin Konzessionen zu machen, überhaupt nicht erwähnte. Für Brandt ist Berlin der Test für die Möglichkeit, auf dem von ihm so mutig eingeschlagenen Weg erfolgreich weiterzukommen, und auch der Prüfstein dafür, ob eine europäische Sicherheitskonferenz, die West, Ost und die Neutralen vereinigt, Aussicht auf Erfolg hätte. Wenn auch in Helsinki offene Polemiken vermieden wurden, klingen manche Reden, wenn sie einander gegenüber-

gestellt werden, doch als Antworten auf andere. Für den Finnen Leskinen sieht die deutsche Situation folgendermassen aus:

«Seit gewisse grössere Probleme durch den sowjetisch-westdeutschen und polnisch-westdeutschen Pakt geregelt worden sind und beide deutsche Staaten einander gegenüber eine elastischere Haltung eingenommen haben, ist das deutsche Problem nicht mehr der Keim einer so explosiven Kontroverse.»

Ist die Welt wirklich so einfach?

Brandt hat bei aller Zurückhaltung in der Ausdrucksweise die Dinge wesentlich anders dargestellt:

«Heute gilt es zu bedenken, dass zwanzig Jahre kalten Bürgerkrieges nicht mit einer noch so intensiven Offensive des Lächelns auszulöschen wären. Die Mauer in Berlin und der Stacheldraht mitten durch Deutschland haben nichts von ihrer Widernatürlichkeit und von ihrer Unmenschlichkeit verloren. Sie stehen, wie ich meine, weiterhin gegen den Strom der Geschichte. Aber ich fürchte, wir werden noch lange mit der Widernatürlichkeit zu leben haben, während es doch möglich sein sollte, die Unmenschlichkeit schrittweise abzubauen.

Wir sind bestrebt, unser Verhältnis zur DDR zu regeln, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit in der Ordnung der inneren Angelegenheiten, in der zwischen Staaten üblichen verbindlichen Form.

Meine Begegnungen in Erfurt und Kassel im vorigen Jahr führten noch nicht zu wesentlichen Ergebnissen. Der seit einigen Monaten zwischen Vertretern der beiden Regierungen geführte Meinungsaustausch erfolgt durchaus sachlich, aber er berechtigt noch nicht zu Ankündigungen.»

In der Debatte kam auch Dr. Arthur *Schmid,* der neue Präsident der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, zu Wort, der darauf hinwies, dass die Schweizer Sozialdemokraten die einzigen im Lande seien, die auf einen positiven Beitrag der neutralen Schweiz zur Friedenssicherung drängen. Er erwähnte die Arbeit der sozialistischen Aussenminister der Schweiz, die gewisse Ansatzpunkte zur Ermöglichung einer Schweizer Aktion im Sinne der internationalen Solidarität für die Zukunft eröffne, und er unterliess nicht den Hinweis darauf, dass das vom Parteitag in Fribourg am 15. Mai beschlossene Programm für die Wahlen im Oktober die Forderung nach dem Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen einschliesst. Schmid, ein Neuling vor dem internationalen Forum, das durch zwanzig Jahre an die hohe Qualität der aussenpolitischen Reden Walther Bringolfs gewohnt war, hat sich bei seinem ersten Auftreten gleich durchgesetzt.

In der Debatte in Helsinki blieben die finnischen Sozialdemokraten mit ihrem Standpunkt allein, und ihrer Forderung, man möge mit dem Kalten Krieg ein Ende machen – nämlich vom Westen her (als ob es da nur auf

die guten oder schlechten Absichten der einen Seite ankommen würde) –, wurde nur insofern Rechnung getragen, als in der angenommenen Resolution gesagt wurde, das Ziel müsse die Beendigung des Kalten Krieges zwischen Osten und Westen sein. Im übrigen enthält diese vorsichtig formulierte Resolution – bei allen positiven Hinweisen auf die Ostpolitik der Bundesrepublik und die etwas hoffnungsvoller aussehenden Abrüstungsgespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – alle die Vorbehalte, die einer bedenkenlosen Bereitschaft gegenüberstehen, sich mit der Sowjetunion zu einer Sicherheitskonferenz zusammenzusetzen, die diese dazu benützen könnte, die von ihr begangenen Verstösse gegen die europäische Sicherheit vergessen zu machen.

Das Lebensrecht Israels

Über den hochaktuellen Problemen der deutschen Ostpolitik und der europäischen Sicherheit hat die Tagung von Helsinki die anderen drängenden Fragen der Weltpolitik nicht übersehen, wobei sich wieder tiefgehende gegensätzliche Auffassungen zeigten. Das kam vor allem in der Behandlung der Krise im Nahen Osten zum Ausdruck. In einer einstündigen, höchst eindrucksvollen Rede legte Frau Golda *Meir,* Regierungschefin von Israel, den Standpunkt ihres Landes dar und wies mit überzeugenden Worten nach, dass Israel keine aggressiven Tendenzen hat und nur Frieden und Sicherheit haben will. (Es ist bedauerlich, dass in der Berichterstattung der «AZ» über Helsinki zwar ausgesetzt wurde, was Golda Meir nicht gesagt haben soll und was sie angeblich hätte sagen sollen, dass aber kaum angedeutet wurde, was sie wirklich gesagt hat.) Über Selbstverständlichkeiten war man sich natürlich einig, aber als die Israelische Arbeiterpartei eine Verdammung der neuen Waffenlieferungen an Syrien und Ägypten verlangte (wobei sie aus Rücksicht auf die finnische Situation darauf verzichtete, die Sowjetunion als den Urheber dieser Lieferungen zu bezeichnen), gab es Widerspruch von seiten der finnischen Mitgliedspartei. Sie wurde überstimmt, aber die Tatsache, dass der gleichzeitig im nahegelegenen Riga stattfindende Schauprozess gegen lettische Juden nur zum Gegenstand des Protestes eines israelischen Redners genommen wurde, ohne dass die Konferenz als solche sich mit diesem Protest identifiziert hätte, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. An sich ist es natürlich ihr gutes Recht, wenn drei Propagandisten des ägyptischen Regimes nach Helsinki kamen, um in Interviews und Pressekonferenzen den antiisraelischen Standpunkt ihrer Regierung zu vertreten. Bedenklicher aber ist, dass sie dies auf Einladung der Finnischen Sozialdemokratischen Partei taten und dass ihre sich völlig mit der Linie der Regierung von Kairo deckenden Äusserungen von dem Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie als Stellungnahme einer «Arabischen Sozialistischen Union» ausgegeben wurden, ohne dass gesagt worden wäre, dass es sich hier um eine Vortäuschung falscher Tatsachen handelt. Einer

der Emissäre Kairos war ein Abgeordneter des ägyptischen Einparteienparlaments. (Dass die Kommunisten in Helsinki vor dem Konferenzgebäude eine proarabische Kundgebung veranstalteten, die gegen Golda Meir persönlich gerichtet war, sei nur am Rande erwähnt. In einem Aufwaschen wurde dort der angebliche zionistische und amerikanische Imperialismus bekämpft.)

Der Linkssieg in Chile

Einen neuen Ton brachte die Anwesenheit eines Vertreters der Radikalen Partei von Chile in die Verhandlungen. Sie hatte bisher in der Internationale Beobachterstatus und wurde in Helsinki als volles Mitglied aufgenommen. Die Partei ist Bestandteil der Koalition, die die Wahlen in Chile gewonnen hat und jetzt regiert. Die Koalition besteht aus der Radikalen Partei, der (der Internationale nicht angeschlossenen) Sozialistischen Partei des gegenwärtigen Präsidenten Allende und der Kommunistischen Partei Chiles. Manche Delegierte hatten unausgesprochene Zweifel, ob eine Koalition, in der Kommunisten Anteil nehmen, willens und in der Lage sein kann, so wie es Allende verkündet, den sozialen Fortschritt in dem von Militärdiktaturen, Korruption und Ausbeutung so arg leidenden Lateinamerika mit demokratischen Mitteln zu verwirklichen. In der angenommenen Resolution heisst es:

> «Die Sozialistische Internationale beglückwünscht die Volksparteien und Bewegungen (Lateinamerikas), die auf der Achtung von Menschenrechten und den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie aufgebaute Programme entwickeln. Sie anerkennt die Bestrebungen der Volksbewegungen im genannten Bereich, die von den angegebenen Grundsätzen erfüllt sind, sich für eine politische Strategie zu entscheiden, die ihnen die Errichtung einer Demokratie und die Erlangung von Macht ermöglicht, um in ihren Ländern für den Sozialismus zu wirken, und sie anerkennt auch, dass die jeweiligen Besonderheiten, Bedingungen und Notwendigkeiten Lösungen verlangen, die den Bedürfnissen Lateinamerikas angemessen sind. Als eine solche geeignete Lösung unterstützt die Sozialistische Internationale die Radikale Partei Chiles und die von Dr. Salvador Allende geführte Regierung der Volkseinheit in ihren erfolgreichen Bemühungen, den Sozialismus im Rahmen der Demokratie zu verwirklichen.»

Aus dieser vorsichtigen Formulierung geht hervor, dass die jetzige Regierung Chiles nur insoweit unterstützt wird, als sie ihre sozialistischen Ziele mit demokratischen Mitteln verwirklicht. Wenn das chilenische Experiment gelingt, erhofft man sich davon, dass es als Alternative zu dem diktatorischen Regime Castros in Kuba auf andere Länder Lateinamerikas übergreifen könnte.

Vietnam

Zu den tragischen Problemen des Krieges in Vietnam hat die Sozialistische Internationale immer schon den Standpunkt vertreten, dass eine militärische Lösung weder möglich noch erwünscht ist und dass die fremden Truppen aus Südvietnam abziehen sollen. Dieser Standpunkt wurde in Helsinki bekräftigt und durch die Bemerkung in der angenommenen Resolution verschärft, dass der «Abzug der Truppen der Vereinigten Staaten und der anderen fremden Streitkräfte aus dem Gebiet» dringend notwendig sei. Dass die namentliche Nennung der USA-Truppen erfolgte, nicht aber der anderen fremden Truppen, die abziehen sollen, ist natürlich eine Konzession an jene, die zwar die Intervention der Vereinigten Staaten in Südostasien verurteilen, aber die Augen vor der Tatsache verschliessen, dass es vorher eine kommunistische Intervention von Nordvietnam her in Südvietnam, Laos und Kambodscha gegeben hat. Den finnischen Sozialdemokraten war auch diese Konzession nicht weitgehend genug, und sie verlangten die Ersetzung der Worte «der anderen fremden Streitkräfte» durch die Worte «und der Alliierten der Vereinigten Staaten», so dass also einseitig nur die der kommunistischen Aggression Widerstand leistenden Kräfte verurteilt würden. Es ist natürlich sehr verlockend, den Abzug der Amerikaner aus Vietnam mit der Begründung zu verlangen, sie hätten dort nichts zu suchen; aber was würde geschehen, wenn sich die Amerikaner mit der gleichen Begründung aus Europa zurückziehen wollten? Auch die Begründung, dass die nordvietnamesischen Kommunisten, die in Südvietnam eingedrungen sind, keine fremden Truppen sind, weil sie sich ja im «eigenen» Land bewegen, wird weit weniger stichhaltig, wenn man die Situation auf Europa übertragen und sich vorstellen wollte, welche weltpolitischen Konsequenzen ein (glücklicherweise nicht zu befürchtendes) Eindringen der DDR-Truppen in der Bundesrepublik hätten.

Peking und die Vereinten Nationen

Kein Streitpunkt auf der Konferenz war die neuerlich von der Sozialistischen Internationale erhobene Forderung, der chinesische Sitz in den Vereinten Nationen und in dessen Sicherheitsrat möge dem kommunistischen Regime von Peking übergeben werden. Heute ist man ja auch in Amerika schon der Überzeugung, dass die Fiktion, das auf Formosa (Taiwan) etablierte Regime Tschiang Kai-scheks repräsentiere China, ein Land mit 700 Millionen Einwohnern, nicht länger haltbar ist. Die von der Sozialistischen Internationale angenommene Formel beantwortet allerdings die Frage nicht, was im Falle der Zulassung Pekings zu den Vereinten Nationen mit Formosa (12 Millionen Einwohner) geschehen soll. Der japanische Sozialdemokrat Katsue *Kawanura* machte in Helsinki auf dieses Problem aufmerksam und verwies darauf, dass für Japan diese Frage nicht so einfach sei, weil sein Land einen Friedensvertrag mit

Tschiang Kai-schek abgeschlossen hat. Bemerkenswerterweise wurde der gleiche Einwand von dem Sprecher der Sozialdemokratischen Partei Madagaskars erhoben, die seit der Selbständigwerdung der Insel ununterbrochen allein die Regierungsgeschäfte führt. Als Kanada und Italien kürzlich das kommunistische China anerkannten, machten sie einen Vorbehalt wegen der Zugehörigkeit von Formosa zu dem von Peking beherrschten Gebiet. Österreich hat inzwischen mit dem Regime von Peking diplomatische Beziehungen angeknüpft, aber es nicht für notwendig gehalten, in bezug auf Formosa einen Vorbehalt zu machen. Es ist zweifellos ein völkerrechtlich und politisch sehr kompliziertes Problem, das der Welt noch viel zu schaffen machen wird.

In allen den hier erörterten Fragen und solchen anderen, die wir in unserer Betrachtung nicht anführen konnten – dazu gehört auch das ausführlich erörterte Problem der Hilfe an die «Dritte Welt» –, gab es in Helsinki vielfach sehr verschiedene Auffassungen, und darum sind die am Ende angenommenen Resolutionen meist vorsichtiger formuliert, als es manchen Delegierten zusagte. Aber auch die Generalratstagung in Helsinki hat wieder nicht nur den Ernst bewiesen, mit dem die demokratischen Sozialisten an die Lösung der weltpolitischen Probleme herangehen, sondern auch die unzerstörbare Lebenskraft des Gedankens der internationalen sozialistischen Zusammenarbeit.

Die vielfältigen Aufgaben bei der Fortführung der Rechtsentwicklung sind quantitativ so bedeutend und so vielschichtig, dass sie auch neue Formen der parlamentarischen Arbeit erfordern. Vor allem brauchen wir mehr Zeit für gründliche parlamentarische Ausschussarbeit.

Dr. Christian Broda, Justizminister, Wien